

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugpreis: Einzel-Nummer 120.— Mf. Durch Austräger 800.— Mf. pro Woche. Durch die Post 2000.— Mf. pro Monat und Nachzahlung d. Differenzbetrages an die Produktivgenossenschaft Redaktionsprechstunde: 5—6 Uhr nachmittags. — Postfachkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluss: Breslau, Ring 8887

Montag, 26. März 1923.

Anzeigenpreise: Die gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 60.— Markt Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 15.— Mf. Kleine Anzeigen per Wort 3.— Markt. — Reklame: Die Millimeterzeile 30.— oder deren Raum im Text 150.— Markt.

Nach der Kapitulation!

Die Kapitulationsbedingungen werden von den Verrätern als „Zugekännisse der Unternehmer“ hingestellt. Die Arbeiter weigern sich die Arbeit wieder aufzunehmen. — Bevorstehende Massenausritte aus den Gewerkschaften.

Breslau, 24. März.

Th. K. Wir haben gestern bereits mitgeteilt, unter welcher niederträchtigen Bedingungen die Gewerkschaftsführer kapitulierten, die systematisch auf die Abwürgung dieses Kampfes hinarbeiteten.

Im ersten Punkt der Kapitulationsbedingungen geben sie sich zufrieden mit der erneuten Erklärung der Unternehmer, daß diese keine illegalen, staatsfeindlichen Organisationen unterstützen oder fördern. Daß die Orgesch staatsfeindlich wäre, also gegen diesen kapitalistischen Staat wäre, behauptet niemand. Daß sie jedoch arbeiterfeindlich und reaktionär ist bis auf die Knochen, dürfte jedermann klar sein: auch den Herren Gewerkschaftsführern!

Daß die Unternehmer die Orgesch- und „Selbstschutz“-formationen, die Hitler- und Fasziistenbanden unterstützen haben und nach wie vor unterstützen, steht fest. Diese Tatsache kann nicht aus der Welt geschafft werden durch eine Erklärung der Unternehmer, in der sie es bestreiten. Diese Erklärung wird dadurch nicht wahrer, daß sie wiederholt wird. Aus den gewerkschaftlichen Saulussen sind Paulussen geworden: Sie nehmen auf Grund dieser feinen Hund überzeugenden Erklärung zurück, was sie in der am 18ten März von der ersten Revierkonferenz angenommenen Resolution der Wahrheit gemäß behauptet haben.

In Wirklichkeit haben die von den oberschlesischen Arbeitgebern ausgehaltenen staatsfeindlichen, illegalen Organisationen, die sich unter allerhand fingierten Namen: „Westamerikadachhaken“ und „Wertturnverein“ verbreiten und an einer anderen Stelle:

viele schwerere Verletzungen der unter dem Schutz der Unternehmer stehenden illegalen Organisationen gegen den Staat. Die Anhänger dieser Organisationen haben sich willentlich und gewalttätig gegen die Organe der Staatsgewalt aufgelehnt und gewalttätige Angriffe gegen die Behörden unternommen.

Jetzt nehmen sie alles zurück — lassen sich gern abspenken mit Erklärungen, Versprechungen, lassen gern die Forderung auf Wiedereinstellung der Betriebsräte fallen

obwohl sie in derselben Resolution vom 18. März „die Maßregelung der Betriebsräte“ als „eine Provokation“ erklärten.

Unter schimpflicheren Bedingungen hat wohl eine Gewerkschaftsbürokratie noch niemals kapituliert — gemeiner als diesmal sind die Proleten noch niemals verraten worden. Verströhet hat man sie von Tag zu Tag — 8, 10, 14 Tage lang und hat sie dann obendrein im Stich gelassen. Das ist die Auswirkung der reformistisch-sozialpatriotischen Arbeitsgemeinschaft-, Wiederaufbau- und Burgfriedenspolitik. Dieser Verrat geschieht im Zeichen der nationalen Einheitsfront: die Gewerkschaftsführer fürchten sich, den Kampf auszutragen, den die Unternehmer provoziert haben: sie fürchten, daß die Unternehmer damit die Döhlstohle wieder aufwärmen könnten! Statt also den Kampf zugunsten des Proletariats auszutragen, würgen sie ihn ab um jeden Preis, parieren so den Hieb, den ihnen die Unternehmer versetzen, mit dem Hintern, statt mit der Brust. Mag der Streit dadurch auch abgebrochen sein: für die Proleten Oberschlesiens darf der Kampf nicht beendet sein, solange nicht alle sozialen Forderungen anerkannt, die Fasziistenregier ausgeräumt, proletarische Hundstrecken gebildet, die trotz alledem gemäßigten Betriebsräte wieder eingestellt sind. Umgehend muß sich das Proletariat zu diesem Kampfe sammeln und seine Führer zwingen, ihn einzuleiten oder abzutreten.

Die grimmige Empörung der betrogenen Proleten ist verständlich und allzu berechtigt. Völlig verkehrt wäre es aber, wie es bereits geschieht, jetzt massenweise die Gewerkschaften zu verlassen. Dadurch überläßt man den Bonzenlamplos das Feld.

Proletarier Oberschlesiens! Reinigt eure Organisationen von all den Verrätern, macht eure Organisationen zu einer schlagkräftigen Waffe im Klassenkampf! Wenn euch die Verräter daran hindern, so jagt sie zum Teufel. Auch euch muß sich doch immer wieder die Frage aufdrängen: „Wozu haben wir unsere Fäuste?“ — Th. K.

Berliner Betriebsräte beim Außenministerium, um gegen den italienischen Faszismus Maßnahmen ergreifen zu lassen.

Nachdem der 15er Ausschuss der Berliner Betriebsräte von der italienischen Botschaft nicht empfangen worden war, hat die letzte Berliner Volksversammlung eine Delegation von Betriebsräten bestimmt, welche vom deutschen Außenministerium Maßnahmen gegen die arbeiterfeindlichen Ausschreitungen der italienischen Fasziistenregierung fordern sollte.

Die Betriebsräte unterhandelten zunächst mit dem Attache Dr. Freudenberg und dann mit dem Referenten für italienische Angelegenheiten Konjul Immele. Sie forderten energisch, daß der deutsche Botschafter in Rom von Mussolini verlangen solle, er möge die Arbeiterfrage Italiens mindestens so behandeln, wie es den hochgepresten „Prinzipien der Zivilisation“ entspricht. Der Konjul Immele antwortete unserem Genossen, daß ihm ein solcher Schritt bedenklich erscheine. Erstens nämlich handele es sich um Eingriffe in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates und er müsse sagen, daß Mussolini dem Botschafter antworten würde, die Sache ginge ihn nichts an, genau so wie umgekehrt Trojky erklären würde, man solle sich nicht in russische Angelegenheiten einmischen, falls das jemand versuchen würde. (Herr Immele hat übersehen, daß Herr Mussolini ein Arbeiterschlächter ist, während in Rußland höchstens die Herren Bourgeois intervenieren zu Gunsten der Geldsack ihrer Klassenbrüder). Zweitens aber sagte der Herr Konjul, und das ist nicht uninteressant, daß ein solcher Schritt, wie ihn die Betriebsräte verlangen, jetzt diplomatisch unklug sei; denn Deutschland hätte das größte Interesse daran, Italien jetzt auf seine Seite zu ziehen und einen Keil zwischen Italien und Frankreich zu treiben, was vereitelt werden würde, wenn man jetzt von Mussolini irgend etwas verlangen würde, was er nicht ausführen könnte. Drittens schließlich würde die Autorität des deutschen Botschafters in Rom untergraben werden, weil ja sein Schritt erfolglos bleiben würde. Er, der Herr Konjul, könne ja persönlich die Auffassung der Betriebs-

räte verstehen, aber er würde es für glücklicher halten, wenn der Auftrag, mit dem sie kämen, von der Regierung oder vom Reichstag käme. Dann würde er selbstverständlich sofort ausgeführt werden.

Die Kommunistische Reichstagsfraktion wird es sicher nicht versäumen, der Anregung des Herrn Konjuls Folge zu geben. Und was werden die Sozialdemokraten tun?

Die Milliardenabfindung der Wittelsbacher.

Der bayerische Landtag macht nicht nur Kommunistengesetze, er hat jetzt auch ein „Abfindungsgesetz des königlichen Hauses Wittelsbach“ durchgedrückt. In Form eines Milliardenbetrags wird hier den Wittelsbachern von Republikanern eine königliche Gabe dargebracht. Man kann es gar nicht mehr abwarten in diesem Freistaat, bis der bayerische Königsthron wieder besetzt ist. Und weil man mit der baldigen Wiederbesetzung rechnet, will man es mit den zukünftigen Herrschaften von Gottes- und Hochverratsgnaden nicht verderben. Während die überwiegende Masse des Volkes auch in Bayern hungert und darbt, gibt das Abfindungsgesetz nicht etwa aus Rechtsgründen, sondern aus dankbarer Untertanentreue dem Hause Wittelsbach u. a. 23.500 Tagewerk Staatswäldungen hin, deren jährliche Nutzung bei den heutigen Holzpreisen mindestens 10 Milliarden Mark beträgt; dazu kommt noch ausgedehnter Waldbesitz in anderen Gegenden von Hohenjwangau usw., deren Nutzungen gleichfalls in die Milliarden gehen, ferner der Milliardenwert der Schlösser in Berchtesgaden, Berg, Edenkoben, Neuburg, Grünau, Fürstentried, Maxburg, Hohenjwangau, das Gärtnerplatztheater in München usw. Vieles davon konnte überhaupt niemals weder staatsrechtlich noch privatrechtlich als Eigentum der Wittelsbacher betrachtet werden. Als die Könige noch Könige waren, zahlte ihnen der bayerische Staat eine jährliche Arbeitslosenunterstützung von 7 Millionen Mark. Bei dieser Abfindung stehen sich die Mitglieder des königlichen Hauses noch besser, als ob sie regierten, wozu sie ja jetzt in Bayern wie auch in Preußen und den übrigen Ländern ihre gleichfalls hochbezahlten Stellvertreter haben.

Der Erfolg der SPD. in Sachsen.

Von Paul Böttcher.

Die Weigerung der sozialdemokratischen Arbeiter Sachsens, mit der herrschenden Klasse zu paktieren, ist das Ergebnis der entschlossenen, ohne Schwankungen durchgeführten Politik der SPD., die es verstanden hat, in einer entscheidenden Situation das Vertrauen der arbeitenden Massen zu gewinnen. Die SPD. hat wieder einmal bewiesen, daß sie für die Förderung der Einheitsfront kein inhaltsloses agitatorisches Gerede ist. Unsere Partei hat den sozialdemokratischen Arbeitern gezeigt, daß hinter dem Ruf nach der proletarischen Einheitsfront der unerschütterliche Wille steht, trotz aller Widerstände diese Einheitsfront aufzurichten.

Die herrschende Klasse fühlt instinktiv, daß über den Ausgang der sächsischen Regierungskrise nicht in Konferenzsitzungen, sondern vor dem Forum der Massen entschieden wurde. Mit wachsender Enttäuschung erkannten die bürgerlichen Parteien, daß die Aussichten für eine Stinnes-Koalition immer magerer wurden. Die Gesichter der sozialdemokratischen Koalitionssreunde und der demokratischen Vermittler zwischen der Volkspartei und dem rechten Flügel der SPD. wurden von Tag zu Tag länger, die Mienen immer saurer. Aus den sächsischen Großbetrieben, von Bauplätzen und Kohlengruben kam die Warnung vor der Koalition. Es ist noch keine Regierung gebildet worden in Deutschland nach der Revolution, über deren Zusammenhang und Grundsätze die Arbeiterschaft so ausgiebig diskutiert hat. Außer der Stellungnahme der Betriebe wurde die Regierungskrise auf dem Landesparteitag der SPD. behandelt. Der Beschluß des sozialdemokratischen Landesparteitages wurde wiederum erst ermöglicht durch eine breite Diskussion innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Eine Diskussion, in der die politischen Lebensfragen der Arbeiterklasse zur Entscheidung standen. So wie in den Reihen der BSWD., so wurde die Krise auch in den Reihen der SPD. mit allem Ernst und in gründlicher Ausgiebigkeit behandelt. Man kann also mit gutem Recht behaupten, daß die Entscheidung nicht in schmalen Parteikonventikeln, sondern von den breiten Massen gefällt worden ist. Diese Tatsache hat auf bürgerlicher Seite unter der Führung der Deutschnationalen einen festeren Zusammenschluß herbeigeführt. Die „goldene“ Mitte der Koalition ist unter der Wucht des Anpralles der Gegensätze zwischen rechts und links zu einem Fahnlein zusammengeschmolzen, das bequem in einer Droschke nach Hause fahren kann. Die Deutschnationalen hatten bereits früher die Initiative zur Aufstellung eines gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten zur Wahl des Ministerpräsidenten ergriffen. Die schwerindustrielle Volkspartei, mit der die rechten Sozialdemokraten gemeinsam die Regierung bilden wollten, hat sich mit der Partei der Geheim- und Mordorganisationen koalitiert. Beide Parteien haben für einen gemeinsamen Ministerpräsidenten gestimmt, während die Demokraten unter einer Verbeugung nach rechts einen eigenen Kandidaten aufstellten.

Durch dieses Vorgehen will sich das Bürgertum nicht alle Brüden für eine spätere Koalition abbrechen. Die rechten sozialdemokratischen Führer haben durch ihre praktische Politik und durch ihr fortgesetztes Liebeswerben um die bürgerlichen Parteien denselben jetzt die Waffen in die Hand gegeben, mit denen sie nunmehr geschlagen werden sollen. Die Erklärung der demokratischen Fraktion ist als ein Druckmittel auf die rechten Führer berechnet. In dieser Erklärung heißt es:

Die Sozialdemokratie hat sich mit den Kommunisten geeinigt, d. h. die Einsicht hat sich der Gewalt, die Führerschaft hat sich der Masse gebeugt, die SPD. hat sich der SPD. unterworfen. Das veröffentlichte Programm ist ein verkapptes kommunistisches Diktat. Durch dieses werden die Reichs- und Landesversammlungen nach Wort und Sinn aus dem Versteck heraus erbeben dagegen Einspruch im Namen des Volkes, der fest auf dem Boden der Verfassung steht, des Volkes, zu dem auch weite Kreise der SPD. gehören. Wir bedauern, daß dem kommunistischen Ansturm der Teil der SPD. erlegen ist, der, wie auch unsere Partei es fordert, eine Bestätigung der verfassungstreuen Republikaner erstrebt hat. Noch einmal sei es in aller Deutlichkeit bezeugt, daß es unser höchster Ernst gewesen ist mit unserem Bemühen einer Verständigung und daß wir dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren werden.

Der Sprung in die große Koalition ist jedoch trotz des von den Demokraten ausgespannten Sprungtuches den rechten BSWD.-Führern jetzt unmöglich gemacht. Die deutsche Volkspartei ist stärker an die Deutschnationalen gefesselt. Der Pendel innerhalb der bürgerlichen Parteien schlägt nach rechts. Dem Gesetz der Schwere fallend, müssen auch die Demokraten der Anziehungskraft

lutionären Arbeiter aller Länder und aller Richtungen ver- sammelt. Der Ruf des 23er-Ausschusses hat zum ersten Male in diesen Parteien ein Echo geweckt, die bisher sich immer gewiegelt haben, die Einheitsfront gegen die Bourgeoisie zu bilden. Die politischen Ereignisse der nächsten Zeit werden die Kampfkräfte des Proletariats noch fester zusammen- schließen. Die Führer der Amsterdamer und 2. Internationale haben zwar bisher immer noch geschwiegen, aber jetzt, wo der Ruf nach der Einheitsfront aus den Reihen ihrer eigenen Arbeiter immer lauter wird, werden sie gezwungen sein, diese Rufe auszukommen.

Die Arbeit dieses Kongresses besteht darin, daß er Mittel und Kräfte unterläßt hat, die das Proletariat befreit, um sowohl gegen den Krieg als auch gegen den Faschismus aufzutreten. Wir wissen, daß die in unseren Resolutionen selb- gelegten Punkte nicht so schnell erfüllt werden, sondern, daß es notwendig ist, die gesamte Arbeiterklasse, um dieses Programm zu gruppieren. Mit den gefassten Resolutionen können wir die ganze Arbeiterklasse hier zu gewinnen. Aber unsere eigentliche Arbeit beginnt erst, noch sind breite Massen der Arbeiter von der bürgerlichen Ideologie er- füllt. Aber der Aufstieg ist nicht mehr fern, wo auch diese Schichten zur Einheitsfront kommen werden und dann wird der Erfolg dieser Konferenz ein vollkommener sein. Schon beginnt die Konzentration des Klassenbewußten Proletariats in seinen Organisationen in allen Ländern. Die Betriebsräte werden den Boden bilden, auf dem die Einheitsfront des internationalen Proletariats möglich ist.

Es lebe das internationale revolutionäre Proletariat!

Breslau.

Kolles.

Breslauer Stadtkonventionenversammlung.

Weitere Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise. — Er- höhung des Schulgeldes. — Erhöhte Gebühren auf den städtischen Friedhöfen. — Zentrumssturm gegen das Krematorium. — Ein Rappist als städtischer Be- amter.

Die letzte Stadtkonventionenversammlung am Donnerstag erledigte eine große Reihe kleinerer Vorlagen sowie einige Dringlichkeitsanträge.

Eine größere Debatte rief wieder einmal die nicht von der Tagesordnung verschwindende

Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise

herüber. Der Magistrat beantragte, den Preis von 250 Mark für die Einzelsahrt zu genehmigen und schlug außerdem einen Zonen tariff für die Linien 3, 6, 18 und 3 vor. Bemerkenswert an der heimerlei neue Gedanken und Anregungen bringenden Debatte war die Stellung der BSPD. Während dieselbe bis- her die unsinnige Tarifherhöhungspolitik mitgemacht hatte, machte Herr Wierich am Donnerstag den schüchternen Versuch, gegen die weitere Erhöhung der Fahrpreise zu opponieren. Er begründete seine Stellungnahme freilich nicht damit, daß die ewigen Erhöhungen es den Proletariern unmöglich machen, die Straßenbahn zu benutzen, er wies auch nicht darauf hin, daß an dem katastrophalen Defizit der Straßenbahn die stadtbekanntliche Unfähigkeit des Direktors mit Schuld trägt, sondern er hüllte seine Argumente in das Zungenknütteln eines echten BSPD.-Wiederbaupolitikers. Die Regierung will, meinte Herr Wierich, keine weiteren Preis- und Lohnerhöhun- gen, sondern Preissenkung. Diesen üblichen Ablichten der Re- gierung läßt die weitere Erhöhung der Straßenbahnfahr- preise zuwider. Die Bedenken der BSPD.-Fraktion gegen die weiteren Erhöhungen der Straßenbahnfahrpreise verließen sich in die blasse Frühlingluft, als der Parteifreund des Herrn Wierich, der sozialdemokratische Stadtrat Wittke, ein bewegtes Klagelied über die finanzielle Not der Straßen- bahn gesungen hatte.

Die Erhöhungen wurden bewilligt. Nur der Zonen tarif, der sehr schäblich und flüchtig ausgearbeitet war, soll im An- schluß nachmalig ge- und abgeändert werden.

Die Proleten müssen also jetzt die Straßenbahnfahrt mit einem Viertel ihres Stundenlohnes bezahlen oder auf Schuifers Kappen reiten.

Für die laufende Lehrlinge, jugendliche Arbeiter, Kurz- arbeiter, Arbeitslose, Kriegserleierte, Sozialrentner uhm aber wird eine Straßenbahnfahrt ein unerschwinglicher Luxus be- deuten.

Die nimmermüde Mähle der Erhöhungen klapperte ein paar Stunden lang. Es wurden erhöht die Schulgelder für die höheren Schulen, und zwar: für das erste Kind 20.000 Mark für das zweite Kind 16.000 Mark pro Vierteljahr, für die Mittelschulen für das erste Kind 10.000 Mark, für das zweite Kind 6.000 Mark, für jedes weitere Kind 6.000 Mark pro Vierteljahr, ferner die Beiträge für die Berufsschulen, die Gebühren für die städtischen Friedhöfe.

Bei allen diesen Anträgen zeigte sich die Grundlosigkeit der BSPD.-Fraktion. Sie verzichtete bei der Debatte über die Befreiung von Vermittlung auf die Erhebung der alten sozialdemokratischen Forderung nach

Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für die Volksschulen ebenso wie sie bei der Friedhöfedebatte die Forderung nach Übernahme der Begräbnisse auf Gemeindelassen zum alten Eisen geworfen hatte.

Als Zentrum und Deutschnationale, bei einer Vorlage, die den

Bau des Krematoriums

hervor, gegen die antiaristokratische Forderung: Sturm lie- fen (es handelte sich um 150 Millionen Mark Zuschuß, den der Feuerbestattungsverein „Flamme“ zu den Bautkosten des Krematoriums beitragen will) zeigte die BSPD.-Fraktion eine geradezu lächerliche Haltung. Anstatt die fröhliche Silb- in ihre Schranken zurückzuweisen und die finanzielle Unzul- fangheit der Plänen zu weisen, beschränkte sich der Be- richterstatter dieser Vorlage, Herr Widera, auf ein paar laune Bemerkungen und „Richtigstellungen“. Ein sozialdemo- kratischer Arbeiter rief Herr Widera zu, er möge doch die Zentrumskräfte an die Keherverbrennungen erinnern. Aber Herr Widera tat nichts dergleichen. Er blieb „föh“ und temperamentlos wie die meisten befehabigen Mitglieder dieser ehrwürdigen Speichergewerbe, die sich jeden Sonntag zur gewöhnlichen Konversation zusammenschließen.

Am Schluß der Versammlung hieß es, als wenn doch ein heiserer „fröhlicher Lärm“ in die Schwüle des Breslauer Rathauses einzuziehen sollte.

Herr Reichelt — ein früherer Gemeindevorstand und Mitglied der BSPD. — stellte die Anfrage, warum der Ingenieur Kera, ein aus den Rathhäusern beurlaubter Herr, der städtische Arbeiter deuzugliert hatte — wieder beim städtischen Wasserwerk beschäftigt werde.

Leider aber der Herr Oberbürgermeister die Erklärung abgegeben hatte, daß das Revolutionsgericht in dem Vor- gehen des Herrn Kera keinen Grund zur Entlassung erblickt hat, die Stadt aber Herr Kera doch nicht fern wehlt undsonst zahlen kann, trat allgemeine Berührung innerhalb der BSPD.-Fraktion ein.

Es war ein Sturm in Wasserlase. Bezüglich ist, daß der Anproger, Herr Reichelt, keine Anfrage u. a. mit der Befreiung der so notwendigen Einheitsfront begründete.

Herr Stadtkonventionenmitglied Herr Bauhaus wurde daher um 9 Uhr den Rest der in vollkommener Harmonie abgehal- tenen Stadtkonventionenversammlung mit einem frommen Oster- wunsch entlassen.

Nächsten Donnerstag findet in Anbetracht des Osterfestes seine Sitzung statt und werden die Arbeiter einmal 14 Tage vor neuen Schröpfungen durch die biedereren Stadtväter, die sie spätestens im November zum Teufel jagen werden, bewahrt bleiben.

Selbstmord im Bürgerbad. Man schreibt uns: Vor einiger Zeit fand man die Pflegerin der Frauenabteilung, Frau R., in ihrem Zimmer als Leiche vor, und zwar infolge Vergiftung. Auf ihrem Tisch fand man einen Bogen Papier, auf welchem die Summen verzeichnet waren, die Frau R. von den armen Invaliden- rentnerinnen teilweise geliehen oder zum Ausheben bekommen hatte. Diese Gelder sind das monatliche Taschengeld, welches der Magistrat den Rentempfangern gibt. Frau R. verordnete diese Gelder in Alkohol, den sie ergab, und da sie wohl gesehen, daß sie nie imstande sei, diese Summen zurückzuerhalten, griff sie zu dieser unseligen Tat. — Hier tritt wiederum das großartige „Organi- sationsalent“ der Herren Inspektoren derartiger Anstalten zutage.

Eine Frage an den Magistrat zu Breslau. Wie geht das zu, daß die Invalidentrentner im Allerheiligen-Hospital das ihnen zustehende Taschengeld von der Invalidentrentner seit Monaten nicht erhalten trotz wiederholter Beschwerde? Bei einigen sind es schon vier Monate, daß das Taschengeld zurückgehalten wird.

Wiederholte Invalidentrentner.

Balzenburg. Zwei Jugendgenossen von der Sipo verhaftet. Eine interessante Ueberraschung erlebten die Genossen Ledutte und Paul Wison, als sie im Restaurant zum Vergleiser bei einer Tasse Brähe über die Bewegung sich unterhielten und plötzlich ein Sipobeamter eintrat, der beide aufforderte sofort mit zur Polizeiwache zu kommen. Die Genossen leisteten dem Folge, und auf der Wache wurden ihnen die Aktentaschen durch- sucht, wo natürlich nichts weiter vorgefunden wurde als einige Gebichtsbilder, sowie Mundschreiber des Ortsauschusses für Jugend- pflege und Flugblätter. Interessanter wurde es, als ein Beamter erklärte, daß der Sowjetstern, den die Genossen trugen, verboten sei. Er motivierte es damit, er sei aus Weiskalen, und dort sind alle Abzeichen, sowohl von ganz Rechtsstehenden wie von ganz Linksstehenden, verboten. Also sowohl das Halbkreuz wie auch der Sowjetstern sind verboten. Unsere Genossen erklärten ihm, daß sie eine herartige gesetzliche Bestimmung nicht kennen und erklärten, warum es notwendig, daß das Halbkreuz verboten ist. Die ausweisenden Sipobeamten gerieten dann selbst in Meinungs- austausch, dessen Ende unsere Genossen nicht abwarten konnten, da ihnen erklärt wurde, daß sie nun wieder gehen könnten. Wir glauben, daß die Sipo nicht weiß, was sie vor Langeweile machen soll, oder soll diese Aktentaschenrevision einen anderen Grund haben? Entschuldigungen werden stets gefunden werden, aber jener Sigel, den die Genossen beobachtete, wird es besser wissen. Die Genossen haben wieder einmal sehen können, was für reaktionäre Beamte es noch unter der Sipo gibt, die am liebsten heut schon die Kommunisten hinter Schloß und Riegel stecken möchten. Darum seid auf der Hut, daß hier nicht auch solche Morde der Sipo an der Arbeiterschaft vorkommen, wie im Ruhr- gebiet. Und wenn sie uns noch zu verfolgen, um uns zunichte zu machen, der Geist und die Idee wird fortleben, „trotz alledem“!

Schöndorf. Essenzielle Volksversammlung. Die Versammlung, welche von der Ortsgruppe Schöndorf einberufen war, war zwar nicht übermäßig besucht, dafür herrschte aber ein guter Kampfsgeist. Genosse Hamann referierte über Ruhrbesetzung und Faschismus. Seine Ausführungen zeigten den Zusammen- hängen der Zusammenhänge, welche zur Ruhrbesetzung führten, er zeigte, daß das furchtbare kapitalistische Wirtschaftssystem die einzige Ursache sei. Die Faschismusbauhe, welche in Deutschland immer frecher auftreten, sind nichts weiter, als die Schutztruppe der Kapitalisten und können dieselben nur durch Bildung von Selbstorganisationen der Arbeiter wirklich bekämpft werden. Genosse Hamann kam darauf zu sprechen, daß der März in allen Teilen der Welt schon unzählige Epier für die proletarische Revo- lution gefordert habe und forderte von den Anwesenden, daß sie den Kampf aufnehmen zur Befreiung der Arbeiterklasse und durch Bildung von Kontrollausschüssen, Selbstorganisationen, und in- dem sie sich einsetzen für die Bildung einer Arbeiterregierung, den Boden für Ergründung der Macht durch das Proletariat vorbe- reiten. In der Aussprache meldeten sich nur ein paar Genossen, welche im Sinne des Referenten sprachen und an Hand von Bei- spielen bewiesen, daß die Zeit zum Handeln fordere. Eine Teller- versammlung für die Parteizelle und die Aufnahme neuer Mitglieder war der Erfolg der Versammlung.

Landau. Essenzielle Volksversammlung. Am Dienstag, den 20. März, hatte die Ortsgruppe Landau der Kommuni-

nistischen Partei zu einer öffentlichen Versammlung mit dem Thema „Ruhrbesetzung und Faschismus“ aufgerufen. Genosse Hamann von der Bezirksleitung zeigte den sehr zahlreichen erschienenen im etwa zweistündigen Ausführungen, wie durch die kapitalistische Wirtschaftsweise all das furchtbare Elend der Gegenwart entstanden ist. Er wies darauf hin, daß nur durch das Verhalten der SPD- und Gewerkschaftsführer die Kapitalisten immer frecher und frecher werden konnten, bis es schließlich soweit kam, daß bewaffnete Sold- kriegs des Kapitals (die Faschisten) zum offenen Angriff gegen die Arbeiter voringen und die Kapitalisten in ihrem konzentrierten Kampf gegen die Arbeiter unterstützten. Genosse Hamann forderte auf, der großen Märztag der Vergangenheit zu gedenken, wo schon so unzählige Revolutionäre gefallen seien, und es diesen Kämpfern gleich zu tun an Opfermut. Am Schluß wies Genosse Hamann darauf hin, daß nur durch Bildung von Kontrollausschüssen, durch Selbstorganisationen der Arbeiter und durch den Kampf für eine Arbeiterregierung die Arbeiterklasse sich von dem ungeheuren Druck, der auf ihr lastet, befreien kann. Der große Beifall zeigte, daß die Anwesenden mit dem Redner einverstanden waren.

In der freien Aussprache forderte ein Genosse den in der Versammlung anwesenden Arbeitersekretär Schürner auf, doch ein- mal das Wort zu ergreifen, was dieser jedoch nicht tat. Im Schlußwort geißelte Genosse Hamann das Verhalten der SPD- Führer von der Schläge der Laubener Angestellten, die nur in den Zeitungen die Kommunisten mit Schmutz bewerfen können, persönl- ich aber zu feig sind, den Kommunisten entgegenzutreten. Nach- dem die Versammlung geschlossen war, meldete sich Arbeitersekretär Schürner zur Geschäftsordnung und gab eine Erklärung dahin- gehend ab, daß die Arbeiter Laubans durch den Beifall, den sie dem Referenten zollten, bewiesen hätten, daß sie ihren Führern (vom Schläge Schürners und Kuchans) in den Rücken fallen. (Kommentar überflüssig.) Eine Teller- versammlung für den Kampffonds der kommunistischen Partei und eine Reihe Neuaufnahmen sowie Gewinnung neuer Abonnenten für die „Schlesische Arbeiter- Zeitung“ war der sofortige Erfolg der Versammlung.

Versammlungs-Kalender.

Jed. Zeile aus. Die. Rubrik muß ein Beitrag von 10. A. bezahlt werden.

KPD Bezirksleitung: Bureau: Rasse: Bresl., Trebnitzerstr. 54. Jernst. Am Ring 8887. Adresse: Alfred Ortmann, Breslau, Trebnitzerstr. 52. Postfachkonto: Breslau 58864, Alfred Ortmann.

Der Distriktsabend des Bildungszweiges findet nicht in dem Parteibüro sondern in der „Wratislawia“ Mauritiusplatz statt.

Breslau, Montag, den 26. März, abends 7 Uhr, in der „Wratislawia“, Mauritiusplatz, Dienstagabend des Bildungszweiges. Alle rednerisch befähigten Ge- nossen und Genossinnen sowie alle Bezirks- und Ortsleitungsmitglieder haben teilzunehmen.

Jahresbericht, den 29. März, abends 7 Uhr, in der Wratislawia, Mauritiusplatz, Mitgliederversammlung. Bericht von Parteilloy. Alle Genossinnen und Ge- nossen müssen daran teilnehmen.

KJD Bezirksleitung: Frau: Elbner, Breslau, postlat. 4441. Postfachkonto: Breslau, 87516, Frau Elbner.

Bezirksleitung, Montag, den 26. März, abends 7 Uhr, in Jugendbüro, Mikolaj- stroße 40/61, wichtige Sitzung. Alle Bezirksleitungsmitglieder müssen pünktlich erscheinen. **Breslau, Heim-Lern-Feierabend, den 27. März, abends 7 Uhr, im Schulhaus, Lindenstr. 8-12, Mittelhaus, im Zimmer 2, außerordentlich wichtige Be- eintrugungsveranstaltung. Jedes Mitglied des Bezirks muß teilnehmen.** **Heim-Lern-Feierabend, Dienstag, den 27. März, abends 7 Uhr, im Schulhaus, Stein- str. 72, Ortsabend.** Tagesordnung wird im Heim bekanntgegeben. Alles muß teilnehmen. **Heim-Trotzkl., Dienstag, den 27. März, abends 7 Uhr, im Kinderzimmer der Jülicherstraße, im 1. Stock, jeder Genosse muß teilnehmen.** **Heim-Luxemburg, Mittwoch, den 28. März, abends 7 Uhr, im Schulhaus, Prodnauer- straße 8-12, wichtige Beiratsmitgliederversammlung zu der jedes Mitglied des Bezirks unbedingt teilnehmen muß.**

Gewerkschaften

Breslau, Mitglieder des Breslauer Bäckelungsarbeiter-Verbandes (Bak) sowie un- organisierte Bäckel (in der) erscheinen am Dienstag, den 27. März, abends 7 Uhr, in der W. Altkloster, 49/50, 1. zu einer wichtigen Beiratsma- rching-Steinarbeiter, Montag, den 26. März, abends 7 Uhr, findet im Ge- werkschaftsbaus, Zimmer 10, Versammlung statt.

Andere Organisationen

Breslau, Arbeiter-Abstinenzbund, Montag, 26. März, abends 7.30 Uhr, im Ge- werkschaftsbaus, Vortrag des Gen. Sekr. „Die Bedeutung des Alkoholismus und seiner Bekämpfung“ u. jungerer Zeit. Zahlreiches Erscheinens Pflicht, da gleichzeitig Brat. -Kostierung. Wähe willkommen.

Bezugsvermittlung für den gesamten reaktionären Teil: J. B. Johannes Garlick Jüterbo: Max Jüterboher, Druck und Verlag: Produktionsgenossenschaft für die Bevolkung Breslauer e. o. m. b. H. Sämtlich in Breslau, Trebnitzerstr. 50.

In der Not unserer Zeit

die so manche alte Gewohnheit zertrüht hat, heißt es auch bei Geschenken in dieser Sinne die mitschätzliche Seite bedenken. Schon ist es üblich bei Einladungen der Dame des Hauses ein Angebinde in Schokolade oder Pralinen zu überreichen. Doppelt willkommen sind solche Kämerkamkeiten zu festlichen Tagen wie Geburtstag, Einweihung oder Opera.

Reichardt=Schokoladen - Pralinen

haben unangenehmen Preis: sie sind feiner wie Blumen und köstlich wie Gelsüßholz, dabei infolge vorzüglicher Zubereitung heute noch angeprieswert. Schon ihrer hohen, ansehnlichen Verpackung wegen sollten sie in unserer mageren Zeit allen anderen Gaben vorgezogen werden. Die vornehme körp- liche Ausstattung, die das Reichardtwerk seinen Pralinenpackungen mitgibt, sind das Zeugniss aller Stauer. Reichardt-Fabrikate, erhältlich in allen an den bekannten Klamen Schildern kenntlichen Geschäften, sind daher

das schönste und billigste Geschenk.

Hast du schon das kommunistische Einmaleins?

Infolge großen Lagers zurückgesetzter

Porzellan- und Steingutwaren

kommen von Montag, den 26. bis Donnerstag, den 29. März or. zu enorm billigen Preisen zum Verkauf.

Abteilung Porzellanwaren.

Kuchenteller, mit kleinen Fehlern	Stück Mk.	695
Besteller, tief und hoch, mit kleinen Fehlern	Stück Mk.	675
Teller, mittel, 19 cm, mit kleinen Fehlern	Stück Mk.	395
Kompott-Teller, mit kleinen Fehlern	Stück Mk.	310
Besteller, mit kleinen Fehlern	Stück Mk.	690
Deckelschüssel, oval und rund, mit kl. Fehlern	Stück Mk. 1950	1650
Kompottschüssel, 16 u 20 cm, mit kl. Fehlern	Stück Mk. 495	450
Kaffertassen mit Untertassen, mit kleinen Fehlern	Stück Mk.	475
Kaffertassen, mit kleinen Fehlern	Stück Mk.	3250
Zuckerkannen, mit kleinen Fehlern	Stück Mk.	3150
Zuckerkannen, mit kleinen Fehlern	Stück Mk.	595
Milchgläser, mit kleinen Fehlern	Stück Mk. 495, 395, 295,	95
Milchkannen, dünn, weiß	Stück Mk.	450

Kaffeeservice, für 6 Personen, 9 teilig, in schönen bunten 18 500
Dekoren Stück Mk.
Kaffeeservice, für 2 Personen, 5 teilig, in schönen bunten 9 500
Dekoren Stück Mk.
Kaffeeservice, für 6 Personen, 9 teilig, weiß gerippt 15 000
Stück Mk.
Küchengeschirren, 22 teilig, Porzellan Stück von Mk. 49 000 an

Abteilung Steingutwaren.

Besteller	Stück Mk. 395	Kempen, weiß	Stück Mk. 825
Kompott-Teller	Stück Mk. 225	Bratenplatten, 35 cm, Stück	645
Wassergläser		Ebnäpfe mit Deckel	750
5 teilig, 32 cm, mit schönen		Milchküge, St. A. 395, 295, 195,	95
bunten Dekoren, Stück A. 4500		Einz. Seife, Sand-, Sodapfife	
Wassergläser, St. A. 1050, 1250, 1850		mit Fehlern	Stück A. 75
Kumpfen mit besserer Kante			
	Stück A. 750, 650	Steingut-Kaffeebecher St. A. 245, 195	

Als besonders preiswert!

Ein grosser Posten Zinkelmer
erster Qualität
28 cm 7900, 30 cm 6900, 32 cm 9750.

S. Beyer Nachfolger

Ohlauer Str. 60/61, am Christophoriplatz
partiere, 1. und 2. Etage.

**Spezialgeschäft in Glas-, Porzellan-, Haus- u. Wirtschaftsa-
rtikeln, Kristall-, Nickel- und Luxuswaren.**

Mengenabgabe vorbehalten!

Wir bitten genau auf unsere Firma zu achten!